

## Medienmitteilung

Bern, 27. Oktober 2020

### **sgv unterstützt die Unterschriftensammlung zum Referendum gegen das CO2-Gesetz**

**Die Gewerbe­kammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv spricht sich für eine Unterstützung der Unterschriftensammlung für das Referendum gegen das CO2-Gesetz aus. Das Gesetz setzt auf neue und höhere Abgaben, Technologieverbote und Subventionen, was mit den politischen Forderungen des sgv inkompatibel ist. Des Weiteren fasste der sgv sowohl zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» als auch zur Konzernverantwortungsinitiative einstimmig die Nein-Parole. Ebenfalls einstimmig spricht sich die Gewerbe­kammer mit der Ja-Parole für das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID) aus.**

Der sgv setzte sich in der parlamentarischen Beratung für ein ausbalanciertes Gesetz ein, das ambitionierte Klimaziele wirtschaftlich erreichbar macht. Für den sgv ist die Umsetzung des Übereinkommens von Paris in seiner ganzen Bandbreite und Flexibilität in der Schweiz das Ziel. Die vom Parlament verabschiedete Version des Gesetzes setzt jedoch auf Massnahmen, welche diesem Ziel zuwiderlaufen: Auf neue und erhöhte Steuern (höhere Abgabe auf Brennstoffen und Kompensation auf Treibstoffen), auf Technologieverbote (Ölheizungen und ausgewählte Anlagen) und auf Subventionen (Klimafonds). Das widerspricht der Strategie des sgv. Die Gewerbe­kammer des sgv hat sich aus diesen Überlegungen dafür ausgesprochen die Unterschriftensammlung zum Referendum zum CO2-Gesetz zu unterstützen.

#### **Potentiell schädlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz**

Die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ist ein massiver Angriff auf die Wirtschaftsfreiheit. Sie hat eine hohe Breitenwirkung, denn betroffen wären sämtliche Vermögen des Sozialversicherungssystems. Betroffen wären auch zahlreiche Schweizer KMU im Finanz- und Werkplatz Schweiz. Die Gewerbe­kammer hat deshalb die Nein-Parole gefasst.

Die Konzernverantwortungsinitiative ist aus ordnungspolitischer Sicht problematisch. Sie würde einen Alleingang der Schweiz darstellen, in dem Beweislastumkehr und Lieferkettenregulierung neu Eingang in die Schweizer Gesetzgebung fänden. Die Gewerbe­kammer lehnt diese Initiative deshalb ab.

Für die Gewerbe­kammer unumstritten ist das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID) für welches sie die Ja-Parole gefasst hat.

**Weitere Auskünfte**

**André Berdoz**, Vizepräsident, Mobile 079 210 93 31

**Hans-Ulrich Bigler**, Direktor, Mobile 079 285 47 09

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht.